

Russische Deutschlandbilder im Wandel

Swetlana W. Pogorelskaja

Das Thema „Russland“ nimmt einen bedeutenden Platz im europäischen politischen Diskurs ein. Kein Wunder: Russlands territoriale Größe sowie seine wirtschaftliche und strategische Bedeutung verpflichten es zu bestimmten politischen Standards, vor allem aber zu einer politischen Berechenbarkeit, die eine demokratische Wegrichtung voraussetzt. Die Erwartungen, die man in Deutschland an Russland hat, werden durch die deutsche Politik und die Medien artikuliert und finden ihre Verwirklichung auch in der Arbeit der deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGO). Doch wie korrelieren diese Erwartungen, die in den Vorstellungen von Russland wurzeln, mit den russischen Ansichten, denen ihrerseits wiederum entsprechende Deutschlandbilder zugrunde liegen? Welche Bilder haben im Russland des letzten Jahrzehnts die alltägliche und intellektuelle Auseinandersetzung mit Deutschland und den Deutschen geprägt, und welchen Wandel haben sie erfahren?

Es geht bei diesen Fragen nicht um tagespolitisch bedingte parteiliche Einstellungen oder um bewusst zugespitzte Klischees der Boulevardpresse. Es geht um die historisch gewachsenen, politisch und kulturell geprägten Grundvorstellungen, mit welchen man sozialisiert wird, die andererseits aber aufgrund neu gewonnener Erfahrungen immer wieder modifiziert und weiterentwickelt werden müssen. Dem Wandel der russischen Deutschlandbilder seit der Wende soll hier nachgegangen werden.

Im sowjetischen bildungspolitischen Konzept gab es bekanntlich kein „Deutschland“, sondern nur die DDR mit den „guten Deutschen“ gegenüber der BRD, wo die „Guten“, sprich die Kommunisten, eine politische Minorität bildeten. Aus ideologischen Gründen bemühte man sich in der sowjetischen Geschichtsschreibung, das deutsche „werk tätige Volk“ nicht in Verbindung mit dem Nationalsozialismus zu bringen. Historische Forschungen über die NS-Zeit vergaßen daher nicht, den deutschen Widerstand zu erwähnen, wenn auch primär den kommunistischen. Die aktuelle Berichterstattung folgte dem ideologischen Grundsatz, „das Volk“ der sogenannten „kapitalistischen Staaten“ sei anders zu behandeln als die „herrschenden Kreise“. In der sowjetischen (West-)Deutschlandforschung, von der marxistisch-leninistischen Methode des „historischen Materialismus“ geprägt, konzentrierte man sich vor allem auf wirtschaftliche Entwicklungen in der BRD, aber auch auf ihre Ostpolitik und im Kontext der „nationalen Befreiungsbewegungen“ auf die Entwicklungspolitik. Man setzte sich außerdem kritisch mit der Programmatik der bundesdeutschen Parteien auseinander, besonders gerne nahm man die Sozialdemokratie kritisch unter die Lupe.

Untersuchungsergebnisse zu einigen Bereichen der bundesdeutschen Tagespolitik, die in akademischen und parteilichen Forschungszentren durchgeführt wurden, verblieben in geschlossenen Expertengruppen und durften an die wissen-

schaftliche Öffentlichkeit nicht weitervermittelt werden. Nahezu unbekannt waren Themen wie der deutsche Sozialstaat, die politische Kultur der BRD, die „deutsche Identität“ und vor allem die Vergangenheitsbewältigung. Eine umfassende Unkenntnis der bundesdeutschen politischen Kultur führte auf der alltäglichen Ebene zur Entstehung grotesker Vorstellungen, die wiederum westdeutsche Besucher der zerfallenden Sowjetunion kurz nach der Wende in prekäre Situationen und in Ratlosigkeit versetzen konnten. So konnte es vereinzelt durchaus zu Begegnungen mit dem Hitlergruß kommen. Repräsentative Umfragen zeigen, dass selbst Mitte der 90er-Jahre 53 Prozent der Russen das Wort „Deutschland“ assoziativ immer noch mit dem Begriff „Krieg“ verbanden. In der lokalen Politik manifestierte sich mancherorts die skurrile Vorstellung, dass die „westdeutschen Kapitalisten“ mit dem Zerfall der UdSSR ihren verspäteten Sieg feierten. Vereinzelt verwiesen beispielsweise Politiker im Kontext des Gedächtnisses der Opfer stalinistischer Säuberungen auf alte Traditionen der Zusammenarbeit mit Deutschland, ohne zu berücksichtigen, dass es bei diesen „Traditionen“ um die Kollaboration ihrer Völker mit der NS-Besatzungsmacht ging und dass das wiedervereinigte Deutschland durch die Betonung solcher „historischen Kontinuitäten“ in eine prekäre Lage gebracht wurde. Im Zusammenhang mit dem Problem russischer Minderheiten im postsowjetischen Raum griffen auch einige nationalistisch gesinnte, oppositionelle Politiker auf einen Erfahrungsschatz zurück, der zu Sowjetzeiten noch als „Revanchismus“ kritisiert wurde, nämlich auf die Arbeit des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften.

Triumph der Klischees

Die politisch-kulturellen Bildungslücken konnten trotz der engagierten Arbeit der

deutschen parteinahen Stiftungen und weiterer Trägerorganisationen zunächst nicht geschlossen werden. Es sollten Jahre vergehen, bis sich realitätsnahe Deutschlandbilder auch auf medialer und öffentlicher Ebene durchsetzen konnten. In den russischen Medien triumphierten Klischees, wenn auch mit einem veränderten ideologischen Wert. Um 1990 entdeckte man „plötzlich“ das „menschliche Antlitz des Kapitalismus“, also den deutschen Sozialstaat und die Soziale Marktwirtschaft. Durch gezielte Medienberichte entstand in kurzer Zeit ein neues, auf den ersten Blick überaus positives „Deutschlandbild“: ein immenser Wohlfahrtsstaat, ein Paradies des Rechtes und des Wohlstandes – stark, stabil, zuverlässig und hilfsbereit. Dieses Bild schien durch Ströme humanitärer Hilfe aus Deutschland bestätigt zu werden und hatte wesentlichen Anteil daran, dass Deutschland zu einem der beliebtesten Ziele für Auswanderer aus dem postsowjetischen Raum geworden ist.

Interessant ist, dass dabei Deutschland als Staat bei den Russen eine weitaus größere Anerkennung zukam als der deutschen Bevölkerung mit ihrer Geschichte und Kultur. Deutsche Produkte waren wegen ihrer Qualität hoch begehrt, die deutsche Wirtschaft galt als vorbildlich, der deutsche Sozialstaat wurde gepriesen, aber gegenüber den Deutschen selbst wahrte man eher Distanz. Umfragen aus der Mitte der 90er-Jahre ergaben, dass nur 28,4 Prozent der Russen für die Deutschen Sympathien hegten, 22 Prozent dagegen, bei allem Respekt gegenüber dem deutschen Staatsgebilde, für die Deutschen nicht viel übrig hatten (siehe www.deutsch-russisches-forum.de/Infobriefe, Stand Mai 2007).

Veränderte Sichtweisen

In der Sowjetzeit dominierte auf der Alltagsebene noch eine „klassische“, von den „preußischen Tugenden“ geprägte

Vorstellung von den Deutschen. Diesem Stereotyp zufolge galten die Deutschen als pünktlich, fleißig, ehrlich, sparsam bis geizig, arbeitsfreudig, definierten sich stark durch den Beruf und legten eine enorme Ordnungsliebe an den Tag. In den ersten Jahren nach dem Zerfall der UdSSR wurde dieses Bild nach und nach durch ein anderes ersetzt, nämlich das der lockeren, sozial abgesicherten, hedonistischen Deutschen. Russland erlebte schwere Jahre: Kultureller Niedergang, politische Instabilität, zunehmende Kriminalisierung der Wirtschaft, die Entstehung der Oligarchie und die rapide Verarmung der Bevölkerung trieben viele Menschen ins westliche Ausland. All das, was das Leben in Deutschland damals prägte – komplizierte Prozesse der inneren Einigung, die Diskussionen über die Reformen des Sozialstaates –, wurde durch die Berichterstattung der Medien so gut wie gar nicht aufgegriffen. Von den gängigen Schablonen geprägt, erhofften die Einwanderer von Deutschland die Erfüllung ihrer Träume von Wohlstand und Stabilität. Auch auf akademischer Ebene vollzog sich ab 1990 ein Wandel in der Wahrnehmung Deutschlands. Viele kommunistische Deutschlandforscher der Sowjetzeiten qualifizierten sich rasch in demokratische Russlandforscher um, um von den westlichen Institutionen mit Forschungs- und Fördergeldern finanziert zu werden: Sie reisten von einem Forum zum anderen und erstatteten den Westeuropäern Bericht darüber, wie Russland sich demokratisiere, wie sehr man sich dort am Westen orientiere und welche Schwierigkeiten die Entwicklung von Demokratie in Russland bedeute – weshalb man jede Unterstützung brauche.

Deutsche Förderprogramme

Im Rückblick auf diese schwierige Zeit erweist sich besonders die Rolle der deutschen akademischen Austauschorgani-

sationen und politischen Stiftungen als wertvoll. Im Unterschied zu vielen westlichen Fonds knüpften sie ihre Stipendienprogramme für russische Geisteswissenschaftler nicht rigoros an gängige „Demokratisierungsthemen“. Dadurch bekam zumindest die jüngere Generation der russischen Deutschland- und Europaforscher eine gute Chance, ihrem Forschungsbereich nicht nur treu zu bleiben, sondern ihre Kenntnisse auch an deutschen Universitäten zu vervollständigen. Austauschprogramme, Journalistenausbildung, Praktika, Stipendien für begabte Studenten – all dies hatte zur Folge, dass in Russland (und im ganzen postsowjetischen Raum) eine Generation europaorientierter Multiplikatoren aufwuchs. Ein Schwenk hin zur Wiederbelebung der russischen Deutschlandforschung erfolgte in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre. Themen wie „Deutschland in der EU“, „Deutsche Sozialpolitik“ und „Der deutsche Parteienstaat“ gewannen zunehmend an Bedeutung. Vernachlässigt allerdings blieben soziokulturelle und philosophische Themen. Wichtige historisch geprägte Aspekte des deutschen innen- und außenpolitischen Denkens waren in Russland nur wenig bekannt. So mussten etwa die innenpolitischen Auseinandersetzungen über die ersten militärischen Bundeswehr-Einsätze auf dem Balkan für den russischen Leser unverständlich bleiben, da die entsprechenden historisch bedingten, rechtlichen, politischen und geistigen Zusammenhänge der „Bonner Republik“ unbekannt waren. Kaum wahrgenommen beziehungsweise unterschätzt wurde auch das Ausmaß der Einbindung Deutschlands in die europäischen und transatlantischen Strukturen. Nicht selten wurde über die Gemeinsamkeiten von Russland und Deutschland im Hinblick auf „Sonderwege“ reflektiert. Selbst wenn Deutschland als „Anwalt“ bei der Einbindung Russlands in die europä-

ischen Strukturen dargestellt wurde, wurde dies mehr als eine Art bilaterale Sonderbeziehung begriffen. Dies hatte Folgen auch für die Praxis gesellschaftspolitischer Aktivitäten. So kam es beispielsweise vor, dass russische Intellektuelle – vom Gedanken über die Sonderbeziehungen zwischen den zwei angeblich allein schon durch ihre geopolitische Lage zu „Sonderwegen“ vorbestimmten Mächten inspiriert – im Andenken an „Rapallo“-Zeiten versuchten, mit renommierten Kollegen aus den alten Bundesländern über die kontinentalen „Achsen“ zu reflektieren.

„Aneinander vorbei“

Die Bedeutung, die man in russischen strategischen Überlegungen Deutschland zuteilte, wuchs mit dem Machtwechsel in Russland. Die Palette der Kontakte auf öffentlicher und politischer Ebene vergrößerte sich beachtlich im Vergleich zur Ära Jelzin. Die Erwartungen, die die russischen und deutschen intellektuellen und politischen Eliten damals aneinander stellten und die sie in öffentlich-politischen Gesprächsrunden, Foren und Dialogen artikulierten, aber waren sehr voneinander verschieden – man sprach oft aneinander vorbei. Während russische Dialogteilnehmer auf eine Ausarbeitung der gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Strategien hofften, sprachen die Deutschen über die Demokratisierung Russlands und thematisierten die Menschenrechtsproblematik des Tschetschenien-Krieges. Im Zuge des Strebens nach einem gesellschaftlichen und politischen Pluralismus in Russland wurden allmählich die Vorteile der demokratischen *civil society* selbst von jenen begriffen, die den westlichen „Vorbildern“ gegenüber zutiefst skeptisch eingestellt waren. Das Deutschlandbild wurde zunehmend differenzierter. Auf der Suche nach Partnern wandte man sich nicht mehr an „die Deutschen“, sondern gezielt

an die Kräfte, die man für politisch und ideologisch verwandt hielt. Demokratische, westlich orientierte Kreise, auch russische kritische NGO, konnten nach wie vor mit der Unterstützung deutscher Trägerorganisationen und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen rechnen. Aber selbst die Kreise der russischen Gesellschaft, die unter Jelzin wegen ihrer fehlenden „Demokratiefreundlichkeit“ von der deutschen Politik und den NGO kaum wahrgenommen wurden, schienen im Laufe der Zeit deutsche Ansprechpartner gefunden zu haben. Es ist erfreulich, dass alle fünf deutschen parteinahen Stiftungen inzwischen in Russland vertreten sind. Die etablierte Politik kann so demokratisch orientierte Ansprechpartner in Anspruch nehmen.

Einer Paradoxie begegnet man in rechtsradikalen Kreisen: Hier lässt man große Zuneigung gegenüber den politischen Erfahrungen der „deutschen Kameraden“ verlautbaren und feilt an einem Deutschlandbild, das mit der Realität der beiden Staaten nur wenig zu tun hat. Umso wichtiger ist es für die in Russland tätigen deutschen Trägerorganisationen, ihre Erfahrungen im Kampf gegen den Rechtsextremismus, vor allem im Hinblick auf die Arbeit mit Jugendlichen, an die russischen Kollegen zu vermitteln. Mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Russland ändert sich auch die Einstellung gegenüber dem Westen. Wirtschaftliche und politische Eliten Russlands betrachten Deutschland als potenziellen Markt und strategischen Partner. Demzufolge strebt man nach der Verbesserung von Russlands Image und bemüht sich zugleich in den russischen Medien, all die Mahnungen, die von offizieller deutscher Seite an die russische Politik im Blick auf Demokratiedefizite immer wieder erteilt werden, gering zu sprechen oder gar zu übergehen. Man spricht gerne über die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, vor allem im energie-

politischen Bereich. Der Tenor der russischen Medienberichte über Deutschland ist insgesamt sehr viel positiver als der von deutschen Medien über Russland.

„Aufeinander zu“

Die Bilder von Deutschland und den Deutschen sind heute einerseits realitätsnäher als die Vorstellungen von einem „Schlaraffenland“ zu Beginn der 90er-Jahre. Andererseits sind sie selbstbewusster und kritischer. Dies betrifft nicht nur die Positionen der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Die gebrochene Nase eines Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, der an einer von der Stadt Moskau nicht genehmigten Schwulen-und-Lesben-Demonstration teilnahm, erntete – bei all seinen guten Absichten – in russischen Internetforen eher Schadenfreude: „Wie wäre es, wenn russische Abgeordnete an nicht genehmigten Demos in Deutschland teilnähmen?“ Hintergrund solcher Reaktionen bildet das in vielen Köpfen in Russland inzwischen vorhandene Klischee des überheblichen westlichen Ausländers, der den Russen Lektionen erteilt, wie man sich zu demokratisieren hat, anstatt die „wirklichen“ Übel des modernen Russland zu

bemerken. Ein solches Schema gab es zu Sowjetzeiten nicht – es ist eine zweifelhafte „Errungenschaft“ aus Jelzin-Zeiten: Gemeinsame Bemühungen deutscher und russischer zivilgesellschaftlicher Kräfte sind erforderlich, um diese Klischees wieder abzubauen.

Jeder Auslandsmitarbeiter einer deutschen NGO oder einer Trägerorganisation der auswärtigen Kulturpolitik wird mehrere russische NGO oder andere zivilgesellschaftliche Akteure nennen können, die mit einer großen Sympathie an Deutschland denken und an Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Kräften in Deutschland interessiert sind. Die russische Gesellschaft lebt, und sie ist pluralistisch. Sie kennenzulernen wäre von Vorteil für jeden in Deutschland, der an eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit mit Russland denkt. Umso wichtiger ist es, die gesellschaftliche und kulturelle Dimension deutsch-russischer Beziehungen aktiver in die politischen Strategien einzubeziehen. Denn ein Dialog der zivilgesellschaftlichen Kräfte gewährleistet nicht nur die Gestaltung einer fundierten, langfristig angelegten, realistischen Politik, sondern auch ihre Akzeptanz in der Bevölkerung.

Die Septemбераusgabe der Politischen Meinung wird sich mit der

Halbzeit der Großen Koalition

unter anderem mit Beiträgen

von Volker Kauder, Armin Laschet und Roland Tichy befassen.

Weitere Rubriken werden sich dem „Jahr der Geisteswissenschaften“ und der Thematik „Demokratie und Gesellschaft“ widmen.